

Marschhalt und klare Ausgangslage

Die FDP. Die Liberalen Emmen verlangen im Projekt ‚Starke Stadtregion‘ einen Marschhalt. Vor der nächsten vorentscheidenden Abstimmung über die mögliche Fusion in der Agglomeration Luzern muss klar geregelt sein, welchen Beitrag der Kanton an das Projekt leisten wird. Der Marschhalt kann auch genützt werden, um die Forderung der FDP. Die Liberalen nach einem Businessplan zu erfüllen.

Die FDP. Die Liberalen haben ein ‚JA‘ für die starke Stadtregion eingelegt. Für die FDP. Die Liberalen steht unbestritten fest, dass eine Fusion mit den Gemeinden des Projektes ‚Starke Stadtregion‘ für Emmen einen Mehrwert schaffen könnte. Der Parteirat der FDP. Die Liberalen hat deshalb bereits im vergangenen Jahr festgelegt, dass aus liberaler Sicht eine Fusion bestimmte Rahmenbedingungen erfüllen muss. Die Partei verlangte schon damals, dass die Form und der Umfang der kantonalen Beteiligung geklärt sein muss. Weiter erwarten die FDP. Die Liberalen, dass ein Businessplan aufzeigt, wie mit den finanziellen Belastungen einer Fusion umgegangen wird und wie eine nachhaltige Stabilität der Finanzlage zu erreichen ist (vgl. Postulat 30/11 betreffend betreffend Businessplan für das Szenario Fusion). Unbestritten ist, dass die Grundlagen für die Beteiligung des Kantons an Fusionsprojekten bis am 27. November 2011 nicht vorliegen werden. Schliesslich muss auch die Zukunft des Militärflugplatzes geklärt werden. Es macht daher Sinn, einen Marschhalt einzulegen, um klare Grundlagen zu schaffen und mit klaren Vorgaben in die nächste vorentscheidende Abstimmung gehen zu können. Es gibt keinen Grund, die Abstimmung über die Ausarbeitung eines Fusionsvertrags durchzuführen, bevor der Kanton die notwendigen und gemäss Grundsatzvereinbarung versprochenen Grundlagen geschaffen hat. Im Gegenteil, die FDP. Die Liberalen Emmen befürchten, dass ohne diese Vorgaben die Abstimmung nicht erfolgreich zu gestalten wäre. Deshalb stimmt die Fraktion der FDP. Die Liberalen dem Vorstoss der SVP, die nächste kommunale Abstimmung erst nach Vorliegen aller Fakten durchzuführen, einstimmig zu.

Für weitere Auskünfte:

Ruth Heimo, Fraktionspräsidentin,
Conny Frey, Fraktionsprecherin

